

Pro-Boykott

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **11 (1985)**

Heft 3

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-360291>

Nutzungsbedingungen

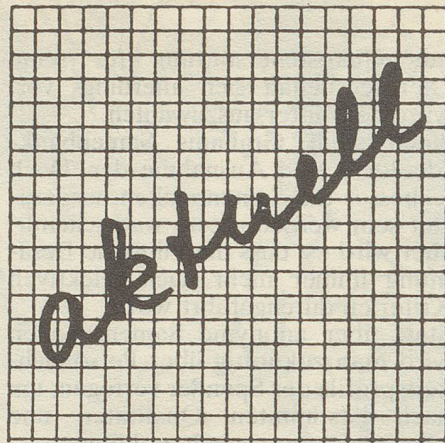
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Nur eine kleine Starthilfe für Prostituierte, die aussteigen wollen

rk. Der Gemeinderat von Bern findet, gemäss seiner Antwort auf das von Doris Schneider im Dezember 1983 eingereichte Postulat, dass das Bedürfnis nach Beratung von Prostituierten, die aussteigen wollen, bestehe. Doris Schneider forderte in ihrem Postulat eine Beratungsstelle, die durch Gassenarbeit und zwei von der Stadt bezahlte SozialarbeiterInnen unterstützt werde. Der Gemeinderat will nun aber aus Spargründen die beiden Stellen nicht bewilligen, sondern nur eine finanzielle Starthilfe geben. Deshalb gab er, inkonsequenterweise, bekannt: in einem zeitlich befristeten Rahmen solle das Bedürfnis für eine solche Beratungsstelle abgeklärt werden. Auf eine Subventionierung müsse angesichts der Finanzlage der Stadt und weil seitens des Kantons die Finanzierung der Beratungsstelle über die kantonale Lastenverteilung abgelehnt worden sei, verzichtet werden. Sollte sich eine private Trägerschaft für diese Beratungsstelle finden, sei der Gemeinderat bereit für vorläufig ein Jahr einen Unterstützungsbeitrag in der Höhe von einem halben Sozialarbeiterinnengehalt zu sprechen. Letzten Dezember hat sich ein Verein gebildet.

PRO-Boycott

Mit einer Boykott-Aktion kämpfen die Basler "Frauen für den Frieden" gegen das rechtslastige Propagandablatt "PRO" aus dem Hause Farnet.

Lanciert wurde die Aktion mit einem Brief an die "Frauen für den Frieden" aus der Region Basel. Friedensfrau Rita Gervais schrieb: "Jeden Monat ärgere ich mich über die Zeitschrift PRO... Ihre einseitige Haltung zu den uns wichtigen Themen wie Frieden, Krieg, Sicherheit, Waffen, Atomkraftwerke etc. ist derart manipulativ, dass wir als Friedensleute nicht mehr länger zusehen dürfen."

Provoziert fühlte sich die Friedensfrau vor allem durch die Angriffe des rechtslastigen Gratisblattes gegen den WWF wegen seiner Kritik an der Atomtechnik und durch Attacken gegen die Zivildienst-Initiative. Die "Frauen für den Frieden" empfehlen einen zweistufigen PRO-Boycott:

"1. Wir retournieren das PRO jeden Monat und zwar in einem unfrankierten Couvert. Wir haben die Zeitung nicht bestellt, und niemand kann uns verpflichten, etwas Unbestelltes entgegenzunehmen oder zu behalten.

8. März — Demo in St. Gallen



Die diesjährige Kundgebung zum Internationalen Tag der Frau fand in St. Gallen statt. Die Teilnehmerinnen protestierten gegen das fehlende Stimmrecht der Appenzellerinnen. Die Route der Demonstrantinnen führte an früheren Wirkungsorten von Pionierinnen der Frauenbewegung vorbei.

2. Das PRO wird von den Firmen getragen, die darin inserieren. Der PRO-Boycott wird wirkungsvoll, wenn wir inserierende Firmen nach unserer Wahl herauspicken, um ihnen kurz aber präzise mitzuteilen, dass wir ihre Produkte nicht mehr kaufen, solange das PRO diese einseitige Haltung einnimmt und nicht aufhört, die Friedensbewegten zu verunglimpfen und zu verleumden."

Wir von der EMANZIPAITON finden das eine gute Idee, die wir unseren Leserinnen gerne weiterleiten. Was wir nicht bestellt haben, brauchen wir nicht anzunehmen. Jede Frau kann hier einfach und ohne Aufwand etwas gegen dieses rechtslastige Farner-Produkt unternehmen. Einfach in ein Couvert gesteckt und adressiert aber unfrankiert zurücksenden!



Kapseln in Röhrenform werden in den Arm der Frau eingebracht und sollen fünf Jahre vor einer Empfängnis bewahren. Unser Bild: Wayne Bardin vom «Population Council» in New York mit sechs Kapseln und dem Instrument zur Einführung.

Photo Keystone

Fünf-Jahre-Verhütung

Assoziationen zu einem Bild

ruhu. Sah kürzlich obiges Bild in der Zeitung. Dachte beim flüchtigen Hinschauen, es handle sich um eine Illustration zu einem Psycho-Horror-Thriller. Entdeckte beim zweiten Hinsehen, dass es sich um den Vizepräsidenten des internationalen Bevölkerungsrats handelt, der ein neues Verhütungsmittel — für Frauen selbstverständlich — anpreist. (Es muss ein bisschen geschnitten werden, aber befreit dafür während eines halben Jahrzehnts von der Lästigkeit der Biologie.) Fand den Heilsbringer mit geharnishtem Blick beim dritten Hinschauen immer noch Psycho-Horror. Hatte beim vierten Hinsehen unlautere Phantasien zum gezückten Messerlein...

...und das Ganze auf "wissenschaftlich":

"Kapital ist vergangene, 'tote' Arbeit. Ein Geldschein oder eine Maschine für sich genommen sind ein Fetzen Papier und ein Haufen Schrott. Kapital 'lebt' erst durch ein Verhältnis, als Kapitalverhältnis, indem es zum menschlichen Leben, lebendigen Menschen in Beziehung gesetzt wird (vgl. das Vampir-Thema in Literatur und Horror-Film).

Die Maschine hat erst einen Sinn oder zumindest Wert, wenn jemand sie in Gang setzt. Im Zweifel kann auch ohne Maschine, es kann aber **nie** ohne Menschen produziert werden. (...) Da es keinen Ersatz für den Uterus gab noch gibt, waren die Frauen als dessen 'Träger' die ersten Menschen, die die Männer unter Kontrolle bringen **mussten**, und sie werden die letzten sein, die man sich davon wieder befreien lässt."

(C. von Werlthof in: Dauber/Simpfendorfer, 1981:201)

OFRA durch SAP ins Offside?

Die zutiefst frauenfeindliche Initiative "Recht auf Leben" aus reaktionär-rassistischen Kreisen wird im Juni zur Abstimmung kommen. Eine Annahme würde jegliches Selbstbestimmungsrecht von uns Frauen in Sachen Abtreibung und Verhütung auf Jahre hinaus verunmöglichen. Die Frauenbewegung hat also alles Interesse daran, eine Annahme dieser demagogischen Initiative zu verhindern zusammen mit allen politischen Kräften, die ebenfalls gegen ein solches "Recht auf Leben" sind.

Zu diesem Zweck ist ein nationales Komitee gegründet worden, das GegnerInnen der Initiative aus linken,

frauenbewegten, gewerkschaftlichen und bürgerlichen Kreisen vereint. Den Umstand, dass auch bürgerliche Parteien im Komitee vertreten sind, hat die SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) zum Anlass genommen, dem Komitee nicht beizutreten. Das ist ihr gutes Recht. Ein starkes Stück allerdings ist es, wenn nun die Ofra unter Federführung von SAP-Aktivistinnen an einer schlecht besuchten nationalen Vorstandssitzung (es waren gar nicht alle Sektionen vertreten) ebenfalls beschliesst, dem Komitee gegen die Initiative "Recht auf Leben" aus den gleichen Gründen nicht beizutreten. Zustandekommen ist dieser Entscheidung nicht zuletzt durch massive Falschinformationen: Das nationale Komitee würde die Abtreibungsfrage ausklammern, die Ofra dürfe keine eigene Kampagne mehr machen und sie hätte im Komitee neben den bürgerlichen Stimmen kein Gewicht. Richtig ist, dass selbstverständlich jede im Komitee vertretene Organisation ihre eigene Kampagne führen kann, dass die Ofra sogar die Möglichkeit gehabt hätte im Ausschuss des Komitees vertreten zu sein und dass die Frage des Schwangerschaftsabbruches keinesfalls in der Argumentationslinie ausgeschlossen wird. Selbstverständlich hat jede Gruppe ihre eigenen Vorstellungen wie die Abtreibungsfrage geregelt werden soll: Etwas pauschal gesagt wird sich wohl eine Ofra für die generelle Freigabe der Abtreibung aussprechen, die Gewerkschaften für eine Fristenlösung und bürgerliche Frauen werden sich wahrscheinlich gegen eine Krankenkassenzahlung wehren. Doch diese Fragen stehen im Komitee gegen die Initiative "Recht auf Leben" nicht zur Debatte. Darüber können wir uns streiten, wenn die nächste Initiative zur Frage des Schwangerschaftsabbruches diskutiert wird.

Es ist kein Geheimnis, dass die Ofra auf nationaler Ebene in den letzten Jahren immer mehr von SAP-Frauen dominiert wird. Und es ist auch kein Geheimnis, dass die SAP ihre Bündnispolitik strikt nach dem links-rechts Schema vornimmt auch was die Frauenpolitik betrifft. Darum wird es dringend notwendig, dass die Ofra wiederum intensiv diskutiert (und zwar an einer breit besuchten Versammlung), ob es für die Frauenbewegung richtig ist, ihre BündnispartnerInnen ausschließlich im linken Lager zu suchen oder ob wir nicht besser unsere Inhalte autonom entwickeln und dann schauen wer uns unterstützt und wer nicht.

Die Redaktion